



Der DiözesanRat 2017

Informationen aus dem Diözesanrat für die
Laienräte der Diözese Augsburg – 12.2017

Plakat in A4 und A3 zum Thema Christenverfolgung: Gebet für die Bedrängten



Chinesischer Gläubiger beim Gebet. © KIRCHE IN NOT

„In Nordkorea werden Christen gekreuzigt“

Aus der Ansprache bei der Fachtagung über verfolgte Christen am 22. September 2017

Von Bischofsvikar Domdekan Dr. Bertram Meier, Augsburg

„Was kann uns scheiden von der Liebe Christi? Bedrängnis oder Not oder Verfolgung, Hunger oder Kälte, Gefahr oder Schwert? In der Schrift steht: Um deinetwillen sind wir den ganzen Tag dem Tod ausgesetzt; wir werden behandelt wie Schafe, die man zum Schlachten bestimmt hat. Doch all das überwinden wir durch den, der uns geliebt hat.“ (Röm 8,35-37)

Der Apostel Paulus, der in Syrien seine Bekehrung erfahren hat und in Damaskus getauft und gefirmt worden ist, scheint sich in prophetischer Weise auf unsere heutige dramatische Situation zu beziehen. Bedrängnis, Verfolgung, Hunger, Kälte, Drohungen und Angriffe sind das Los so vieler in so vielen Ländern, die festhalten an ihrem Glauben an den gekreuzigten und auferstandenen Herrn.

„Grausame, unmenschliche, unerklärliche Verfolgungen, vor allem gegen Christen“ nennt Papst Franziskus das Vorgehen von islamistischen Terroristen und Fanatikern im Nahen Osten gegen

Minderheiten: Die Christen „sind die Märtyrer von heute, gedemütigt und diskriminiert um ihrer Treue zum Evangelium willen“ (Radio Vatikan 6.8.2015). „Ich rufe die internationale Gemeinschaft dazu auf, nicht stumm und tatenlos zu bleiben angesichts dieses inakzeptablen Verbrechens.“ Der Patriarch der syrisch-katholischen Kirche Ignace Youssif III. Younan ruft uns mit Leidenschaft zu: „Es ist eine religiöse Säuberung! Was Ihre (westlichen) Regierungen nicht sehen wollen, und wovon Ihre Regierungen nichts wissen wollen. Denen ist die Religionsfreiheit dieser Gemeinschaften, die über Hunderte von Jahren durch ihre Treue zum Evangelium dort durchgehalten haben, ziemlich egal. Man sagt uns, es gebe internationale Einrichtungen zur Verteidigung der Menschenrechte und der Religionsfreiheit – aber wo sind sie denn? Das ist eine Lüge! Was sollen wir tun? Wie hat es der ‚islamische Staat‘ geschafft, so weit zu kommen?“ (Radio Vatikan 8.8.2015) Der Kreuzweg Jesu geht weiter. Unzählige Christen tragen das Kreuz durch ihre Lebensgeschichte – in Syrien, im Irak und in vielen anderen Ländern. In Nordkorea kommen Christen ins Gefängnis, nur weil sie im Besitz einer Bibel sind; dort werden Christen auch gekreuzigt.



Liebe Leserinnen und Leser!

In diesem Jahr mussten wir Abschied nehmen von unserem Vorstandsmitglied Günter Gaschler, Dillingen. Voll Dankbarkeit schauen wir zurück auf ein aufrechtes Mitglied des Diözesanrates. Er leitete den Sachausschuss „Soziale und caritative Fragen“ sehr engagiert und brachte im Vorstand stets kreative Ideen ein. Wir vermissen seinen Mut, seine Geradlinigkeit und seine Offenheit.

Drei große Themenblöcke prägten 2017 die Arbeit des Diözesanrates: Politik – Christenverfolgung – Pfarrgemeinderatswahlen.

Im Vorfeld der Bundestagswahl beschäftigte sich der Diözesanrat auf der Frühjahrsvollversammlung mit dem Thema „Christlicher Glaube – eine Aufforderung zu politischem Handeln“. In erster Linie machte Bundesfinanzminister a.D. Dr. Theo Waigel deutlich, wie und warum sich Christen in der Politik engagieren sollen und gerade ihr christliches Fundament in die öffentliche Diskussion einbringen müssen.

Aufgrund meiner christlichen Überzeugung wandte ich mich als Diözesanratsvorsitzende vor der Entscheidung im Bundestag gegen die „Ehe für alle“. Aus christlicher Sicht gehört das Verständnis von „Ehe“ als lebenslange Bindung von Mann und Frau sowie als optimale Grundlage für die Bildung einer Familie durch Zeugung und Erziehung von Kindern zu den Selbstverständlichkeiten des Menschseins und ist somit Grundlage von Art. 6 des Grundgesetzes. Bis heute steht eine Überprüfung der „Ehe für alle“ durch das Bundesverfassungsgericht aus.

Eine klare Position war auch gefordert bezüglich des Vorschlags der Einführung eines muslimischen Feiertages. Dem muss entgegengehalten werden, dass Muslime bereits jetzt ihre Religion in unserem Land frei ausüben, ihren Glauben leben und ihre Feste feiern können, da muslimische Schüler vom Unterricht befreit werden und Arbeitneh-

mer Urlaub nehmen können.

Mit der Herausgabe des sehr sachlichen und fundierten Flyers „Gender – Herausforderung für Christen“ wurde eine emotionsgeladene Diskussion innerhalb des Diözesanrates zu einem guten Ende gebracht. Dieser Flyer erntete in unserer Diözese viel Lob und wird von anderen Diözesen stark nachgefragt.

Eine Brücke zwischen Politik und Kirche schlägt die Fortführung des Projekts „Kirche und Kommune – gemeinsam für soziale Gemeinden“. Die Pfarrgemeinde- und Pastoralräte werden nochmals gebeten, darüber nachzudenken, wie konkret eine Kooperation mit den politischen Gemeinden aussehen kann, so dass das soziale Miteinander gestärkt und einer diakonischen Pastoral größeres Gewicht verliehen wird.

Im Herbst beschäftigte sich der Diözesanrat mit dem Thema „Christenverfolgung“. Die Referenten unserer Fachtagung richteten ihr Augenmerk auf das Thema „Christen – Verfolgte und ihre Verfolger“ und die Konsequenzen, die das Verschwinden des Christentums für die Länder des Mittleren Ostens mit sich bringt. Die Herbstvollversammlung intensivierte die Befassung mit diesem Thema durch das bewegende Zeugnis eines profunden Kenners der Situation der Christen in Ägypten, dem koptischen Bischof Anba Damian, und stellte sich mit einem großartigen Vortrag von Volker Kauder, dem Vorsitzenden der Unionsfraktion, der Frage: Was können wir gegen die Verfolgung von Christen und für die Religionsfreiheit tun?

Von ganzem Herzen danke ich allen Mitgliedern des Diözesanrates und allen ehrenamtlich in den Laiengremien Engagierten für ihren überzeugten und überzeugenden Einsatz für unsere Kirche und für die Menschen in unserer Kirche.

Hildegard Schütz,
Vorsitzende des Diözesanrates der
Katholiken im Bistum Augsburg

Stimme vor Ort

Pfarrgemeinderäte – die Gremien an der Basis. Von Hildegard Schütz

Wir leben in einer Kirche, die rasanten Veränderungen unterworfen ist. In mehreren Diözesen sind Strukturreformen im Gang, die aus vielen Pfarreien wenige Seelsorgeeinheiten machen. Angesichts dessen stellt sich die Frage: Brauchen wir überhaupt noch Gremien an der Basis, brauchen wir noch Pfarrgemeinderäte vor Ort? Das Zweite Vatikanische Konzil versteht die Kirche als Volk Gottes auf dem Weg durch die Zeit. Alle Glieder der Kirche, also Priester und Laien sind das Volk Gottes und sind somit des priesterlichen, prophetischen und königlichen Amtes auf jeweils spezifische Art und Weise teilhaftig. Als Getaufte und Gefirmte sind wir mitverantwortlich für die Sendung der Kirche. Gläubigen Christen, besonders Pfarrgemeinderäten, kommt der Auftrag zu, den Geist des Evangeliums in die Welt von heute zu tragen. Pfarrgemeinderäte sind ganz wesentliche Glaubenszeugen, die der katholischen Kirche an der Basis ihr Gesicht geben. Pfarrgemeinderäte sind unverzichtbare Ansprechpartner, insbesondere, wenn kein Seelsorger vor Ort ist und die Öffnungszeiten der Pfarrbüros kurz sind. Pfarrgemeinderäte helfen mit, Feste und Veranstaltungen zu organisieren. Damit tragen sie zum Zusammenhalt der Pfarrgemeinde bei und wirken nach außen auf die Menschen und Nachbarn ihrer Gemeinden.



Eine weitere wichtige Aufgabe des Pfarrgemeinderats besteht darin, die verschiedenen Charismen zu entdecken und zu fördern. Dann sind in den Pfarrgemeinden auch viele Männer und Frauen bereit Verantwortung zu übernehmen. Wieder andere repräsentieren die Pfarrei in verschiedenen Gremien oder stellen Kontakte zur politischen Gemeinde und zu Vereinen her. Andere sind verantwortlich für den Pfarrbrief und sorgen für die Öffentlichkeitsarbeit und wirken an der katholischen Erwachsenenbildung mit. Somit entlastet der Pfarrgemeinderat den Pfarrer, hält die Pfarrei zusammen, bestimmt maßgeblich das pfarrliche Leben und prägt ein den Menschen zugewandtes Bild der Kirche. Pfarrgemeinderäte sind die Stimme der Laien vor Ort. Sie können und sollen sich als offizielle Gremien einmischen. Gerade deshalb ist es wichtig, dass in jeder Pfarrei ein Pfarrgemeinderat gewählt wird. Nur dann können Pfarrgemeinderäte sich um verschiedene Themen in ihrer Pfarrei kümmern. Stellen Sie sich deshalb als Kandidat zur Verfügung und gehen Sie am 25. Februar zur Wahl.

Die Arbeit der Sachausschüsse

Der Sachausschuss **Arbeitswelt, Wirtschaft, Soziales und Umwelt** beschäftigte sich mit der Ausbildung und beruflichen Integration von Flüchtlingen sowie dem Thema Arbeit/Industrie 4.0.

Zwei Flyer produzierte der Sachausschuss **Ehe und Familie**: „GENDER – Herausforderung für Christen“ und „Sachausschuss Ehe und Familie in der Pfarrgemeinde“.

Der Sachausschuss **Europa: Nachbarschaft-Partnerschaft-Integration** beriet sich über das Freihandelsabkommen mit Kanada und über die Möglichkeiten der EU, die Flucht aus afrikanischen Ländern zu verhindern.

„Kirche und Kommune – gemeinsam für soziale Gemeinden“ war das Großprojekt des Sachausschusses **Land**: Dekanatsratsveranstaltungen, ihre Auswertung und die Anregung von Sozialgesprächen

Wie kann sich die Kirche in der Welt der neuen Medien präsentieren? Wie sieht die Zukunft der kirchlichen Medien aus? Diese Themen und die Öffentlichkeitsarbeit des Diözesanrats beschäftigten den Sachausschuss **Medien**, Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit.

Die Vor- und Nachbereitung des Herbstthemas „Verfolgte Christen“ mit zwei Veranstaltungen und einer Erklärung des Diözesanrats waren die Aufgaben des Sachausschusses **Mission-Entwicklung-Frieden**.

Das Reformationsjahr, ein Besuch in der Dītib-Moschee, die Erklärung des Gesprächskreises Christen und Muslime des ZdK und das Gespräch mit dem zuständigen Bischofsvikar und Sachausschussmitglied Dr. Bertram Meier prägten die Arbeit des Sachausschusses **Ökumene und interreligiöser Dialog**.

Auch der Sachausschuss **Pastorale Fragen** suchte das Gespräch mit Seelsorgeamtsleiter Prälat Dr. Bertram Meier, erstellte aus dem Papier „Gemeinsam Kirche sein“ – Wort der deutschen Bischöfe zur Erneuerung der Pastoral geistliche Impulse für den Newsletter und konzipierte zwei Flyer für Pfarrgemeinderäte.

Die Religionsfreiheit sowie der Kontakt und mögliche Hilfen für christliche Flüchtlinge durch Pfarrgemeinden inkl. der Erstellung einer Umfrage waren die Jahresthemen des Sachausschusses **Schule, Erziehung und Bildung**.

Trotz des traurigen Verlustes seines Leiters Günter Gaschler setzte der Sachausschuss **Soziale und caritative Fragen** seine Arbeit im Jahr 2017 fort und erstellte einen Flyer für Pfarrgemeinderäte: Ausschuss für „Soziale und caritative Fragen“

Überall auf der Welt bekennen sich Menschen zu dem Gott, der in Jesus Christus einer von uns geworden ist. Heute werden in vielen Ländern Christen „um Jesu willen“ (Mt 5,11) verfolgt, benachteiligt und ausgegrenzt. Taufen sind – wie hier im Irak – oft nur heimlich und versteckt möglich. Lasst uns für unsere bedrängten Schwestern und Brüder beten!

Die Laienräte der Diözese Augsburg setzen sich für Religionsfreiheit und gegen Diskriminierung und Verfolgung von Christen ein. Weitere Informationen zum Thema und die Arbeit des Diözesanrats finden Sie unter www.dioezesanrat.bistum-augsburg.de

A black and white photograph of a woman wearing a headscarf, holding a baby. In the foreground, an open book with Arabic text is visible. The image is used as a background for a text overlay.

Überall auf der Welt bekennen sich Menschen zu dem Gott, der in Jesus Christus einer von uns geworden ist. Heute werden in vielen Ländern Christen „um Jesu willen“ (Mt 5,11) verfolgt, benachteiligt und ausgegrenzt. Taufen sind – wie hier im Irak – oft nur heimlich und versteckt möglich. Lasst uns für unsere bedrängten Schwestern und Brüder beten!

Die Laienräte der Diözese Augsburg setzen sich für Religionsfreiheit und gegen Diskriminierung und Verfolgung von Christen ein. Weitere Informationen zum Thema und die Arbeit des Diözesanrats finden Sie unter www.dioezesanrat.bistum-augsburg.de



Andy Spyra,
der Fotograf des Motivs auf un-
serem Plakat, arbeitet seit
nunmehr sechs Jahren an
einem fotojournalistischen
Langzeitprojekt über das
Verschwinden der Christen aus
dem Nahen Osten.
Seine Bilder aus Kriegs- und
Krisengebieten erscheinen
regelmäßig in nationalen und
internationalen Magazinen und
Zeitungen.

Bisher sind drei Bücher mit
Spyras Arbeiten im Verlag
Seltmann & Söhne erschienen,
zu beziehen über den
Fotografen selbst.

EXODUS – Christen im Irak

EXILIUM – Über das
Verschwinden der Christen
aus dem Nahen Osten

Stolen Girls - Bildband über
die von Boko Haram
entführten Mädchen in Nigeria

Kontakt:
Andy Spyra
Mobil: +49 176 9907 1265
E-Mail: andy.spyra@gmail.com
www.andyspyra.com

Wer hilft verfolgten und bedrängten Christen?

Missio
Pettenkoferstraße 26
80336 München
www.missio.de
www.missio.com

KIRCHE IN NOT /
Ostpriesterhilfe
Lorenzonstraße 62
81545 München
www.kirche-in-not.de

Internationale Gesellschaft für
Menschenrechte (IGFM)
Deutsche Sektion e.V.
Borsigallee 9
60388 Frankfurt am Main
www.igfm.de

Der Zusendung dieses Jahresberichts

„Der DiözesanRat 2017“ liegen
mehrere Exemplare des auf
Seite 2 erwähnten Flyers
„GENDER – Herausforderung
für Christen“ bei.

SCHUTZ DER RELIGIONSFREIHEIT

Dramatische Dringlichkeit

Noch nie wurden so viele Christen verfolgt wie heute. Warum ist das so und was können wir dagegen tun?

Von Berthold Pelster, Referent bei KIRCHE IN NOT

Papst Benedikt XVI. hat den weltweiten Schutz der Religionsfreiheit einmal als eine Herausforderung „von dramatischer Dringlichkeit“ bezeichnet. Am Neujahrstag 2011 sagte er beim Angelusgebet: „Heutzutage werden wir mit zwei gegensätzlichen Tendenzen konfrontiert, zwei Extremen, die beide negativ sind: auf der einen Seite der Laizismus, der oft auf hinterlistige Weise die Religion an den Rand drängt, um sie in die Privatsphäre zu verbannen; auf der anderen Seite der Fundamentalismus, der sie dagegen allen mit Gewalt aufzwingen will.“ Die erste Tendenz, auf die der Papst hingewiesen hat, ein zunehmender Säkularismus, war in extremer Weise bestimmend für erhebliche Teile der Weltbevölkerung im 20. Jahrhundert. Es war das blutigste Jahrhundert für die Menschheit insgesamt und für die Christen im Besonderen. In keinem anderen Zeitalter der Kirchengeschichte sind so viele Christen durch Unterdrückung, Vertreibung und Verfolgung ums Leben gekommen. Die versuchte Ausrottung der Kirche in der Sowjetunion und die Unterdrückung in China forderten Hunderttausende von Opfern unter den Christen.

CHINA: RELIGIONSKONTROLLE DURCH DEN STAAT

In der Volksrepublik China sind der Religionsausübung bis heute enge Grenzen gesetzt. Alle Religionsgemeinschaften unterliegen einer strikten staatlichen Kontrolle. Die Regierung versucht, sämtliche Religionsgemeinschaften von Einflüssen aus dem Ausland abzuschir-

men. Für die katholische Kirche, die sich als Weltkirche versteht, führt das in China zum Beispiel immer wieder zu Konflikten in der Frage der Auswahl und Weihe von Bischöfen. Manche Länder oder Weltregionen werden von Familienclans, Herrschafts-Cliquen oder Diktatoren beherrscht, die mit allen Mitteln ihre Machtposition verteidigen und jede Bewegung bekämpfen, die ihnen gefährlich werden könnte. In Nordkorea zum Beispiel liegt die Macht seit über 60 Jahren in den Händen einer Dynastie von Diktatoren, die jegliche Religion unterdrücken.

RELIGIÖSER FUNDAMENTALISMUS IM 21. JAHRHUNDERT

Während es in säkularen Ideologien oder unter diktatorischen Machtverhältnissen ein klares „Nein“ zu jeglicher Religion ist, das zu Diskriminierung und Gewalt gegenüber Religionsgemeinschaften führt, sind es zu Beginn des 21. Jahrhunderts zunehmend religiös-ideologische Bewegungen, die zu einer Unterdrückung und zum Teil zur Verfolgung von Christen und anderen Religionsgruppen führen. In ihrer Weltsicht gibt es zwar ein klares „Ja“ zur Religion, aber nur zu einer ganz bestimmten Religion, nämlich der eigenen. In Indien zum Beispiel haben sich Nationalismus und religiöse Intoleranz zu einer religiös-politischen Ideologie verbunden, die aus dem Land eine große Hindu-Nation mit einer Einheitsreligion machen will. Für Christen, Muslime und andere religiöse Minderheiten ist in diesem Konzept kein Platz. Sie werden vor die Wahl gestellt, zum Hinduismus zu konvertieren oder ihre Heimat zu verlassen. Eine Abkehr vom Hinduismus soll dagegen durch Antikonversionsgesetze unterbunden werden. Vor diesem Hintergrund kam es in den vergangenen Jahren immer wieder zu Feind-

seligkeiten und Gewalt gegenüber Christen und Muslimen. Einen Vormarsch intoleranter religiöser Ideologien beobachten wir seit etwa dreißig, vierzig Jahren vor allem in Teilen der islamischen Welt. Durch die Umbrüche im arabischen Raum seit 2011 kam es zu extremen Auswüchsen. Militante Islamisten, etwa im sogenannten „Islamischen Staat“ (IS), versuchen ganz gezielt, das Christentum auszulöschen. Christen werden von ihnen als „Religionsverfälscher“ und „Ungläubige“ verachtet und bekämpft. Zahlreichen christlichen Gemeinden in urchristlichem Gebiet droht dadurch der Untergang. Islamistisches Gedankengut breitet sich inzwischen verstärkt auch auf dem afrikanischen Kontinent aus. Besonders dramatisch ist die Entwicklung in Nigeria, wo sich die islamistische Terrorsekte Boko Haram zu einer der gefährlichsten Terrorgruppen weltweit entwickelt hat. Mehr als 20.000 Tote gehen auf das Konto dieser Bewegung, darunter Hunderte von Christen.

SOLIDARITÄT MIT DEN VERFOLGTEN CHRISTEN

Für die Christen in solchen Ländern ist es ein schweres Los, dem Druck standzuhalten und ihrem Glauben an Christus treu zu bleiben. Kraft gibt ihnen das Wissen, dass sie von der Weltkirche nicht vergessen sind. Deswegen sind die Kontakte ins Ausland, die manchmal nur auf verdeckten Wegen möglich sind, so wichtig, etwa über kirchliche Hilfswerke wie KIRCHE IN NOT. Kraft gibt den verfolgten Christen aber auch das Wissen, dass für sie gebetet wird. Entscheidend ist auch, dass in der Weltöffentlichkeit immer wieder auf die Verletzungen des Grundrechts auf Religionsfreiheit hingewiesen wird, deren Schutz nach wie vor „von dramatischer Dringlichkeit“ ist.



Demokratie braucht das Engagement von uns Christen

Über die Grundpfeiler der christlichen Werte in der Politik, den Menschen als das Ebenbild Gottes und was passiert, wenn für viele Menschen inzwischen der Glaube nicht mehr Teil des Alltags ist

Von Josef Miller, Staatsminister a.D.

„Christlicher Glaube – eine Aufforderung zu politischem Handeln!“ war das Motto der die Frühjahrsvollversammlung des Diözesanrates. Uns verpflichtet der christliche Glaube, uns einzumischen und für den Erhalt der christlichen Werte einzustehen. Denn die politische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland basiert auf dem Menschenbild und der Wertordnung des Christentums. Grundgesetz wie Bayerische Verfassung enthalten den Gottesbezug in ihrer Präambel. Die Grundpfeiler unserer Politik auf dieser Basis sind

- ✓ die unantastbare Würde des Menschen
- ✓ das Recht auf Entfaltung der Persönlichkeit
- ✓ der Schutz des Lebens
- ✓ die Bewahrung der uns von Gott anvertrauten Schöpfung
- ✓ die Glaubens- und Gewissensfreiheit
- ✓ der Schutz von Ehe und Familie
- ✓ die daraus abzuleitenden Menschen- und Grundrechte.

In den Krisengebieten dieser Welt sind diese Grundrechte außer Kraft gesetzt. Denn jede Gesellschaft braucht Werte, die sie zusammenhalten. Wenn diese fehlen, hat das fatale Auswirkungen. Aber bei uns können immer weniger Menschen mit der christlich-abendländischen Werteordnung etwas anfangen. Zwar gehören noch mehr als die Hälfte der hier lebenden 83 Millionen Menschen einer der beiden großen Kirchen an. Aktive Kirchenmitglieder sind es jedoch wesentlich weniger. Und davon engagieren sich zu wenige in der Politik.

Christliche Inhalte stoßen heute auf Desinteresse und Gleichgültigkeit (in den neuen Bundesländern gar auf blanke Unwissenheit), nicht nur in Deutschland. Theo Waigel, Bundesfinanzminister a.D., wies als Hauptreferent der Frühjahrsvollversammlung kritisch darauf hin, dass uns Europäer heute ein Argentinier aufordern müsse, „daran zu arbeiten, dass Europa seine gute Seele wiederentdeckt“. Es war Papst Franziskus, 2014 vor dem Europaparlament. Deshalb ist es in der aktuellen politischen Situation in Deutschland und Europa, ja auch auf globaler Ebene, unabdingbar, dass die Christen sich für Demokratie, Freiheit, Menschenwürde und Menschenrechte einsetzen. In besagter Rede erinnerte der Heilige Vater daran, dass „die Christen in der Welt das sind, was die Seele im Leib ist“. Und weiter: „Die Aufgabe der Seele ist es, den Leib aufrecht zu erhalten, sein Gewissen und sein geschichtliches Gedächtnis zu sein. Und eine zweitausendjährige Geschichte verbindet Europa mit dem Christentum.“

Nach dem christlichen Menschenbild sind alle Menschen gleich viel wert und jeder Einzelne einzigartig. Zudem gilt der Mensch als Ebenbild Gottes. Im Zwischenmenschlichen ist das Subsidiaritätsprinzip wichtig: Jeder ist für sein Leben selbst verantwortlich, er muss aber auf Hilfe bauen können, wenn er sich selbst nicht helfen kann. Die Beziehung Gottes zu den Menschen und umgekehrt, in welcher der sich verfehlende Mensch dem unendlich barmherzigen, gerechten Gott begegnet, ist von einem wichtigen Prinzip geleitet: der Liebe. Diese Dialektik prägt die Geschichte der Menschheit mit Gott. Aber unser Schöpfer ist

keiner, der die Schöpfung sich selbst überlässt. Die Menschwerdung Gottes in seinem Sohn Jesus Christus zeigt, wie wichtig Gott auch die weltlichen Dinge sind. Sollten sie die, die Jesus nachfolgen, nichts angehen?

Das Gleichnis von den anvertrauten Talenten lässt mich nicht los. Den bequemen Weg zu gehen, zu kritisieren und selbst keinen Beitrag zur Lösung der Probleme zu leisten, kommt mir vor wie das Vergraben des Talents oder die Haltung des Pilatus: „Ich wasche meine Hände in Unschuld!“ Es geht darum, Verantwortung zu übernehmen, sich einzubringen im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott und den Menschen. Dabei ist der Mensch nicht selbst das Maß aller Dinge. Umgekehrt kann er auf die Hilfe Gottes vertrauen.

CHRISTLICHE WERTE SCHÄTZEN

Heute gilt alles, was vom Staat nicht verboten ist, als erlaubt. Aber allein mit Gesetzen ohne Moral kann man kein vernünftiges Zusammenleben der Menschen gestalten. Auch der frühere Bundesverfassungsrichter Ernst-Wolfgang Böckenförde sagte, dass der freiheitliche, säkularisierte Staat von Voraussetzungen lebt, die er selbst nicht garantieren kann.

Wenn auch bei Vielen der Glaube nicht mehr Teil ihres Alltags ist, ich bin davon überzeugt, dass viele dieser Menschen christliche Werte trotzdem schätzen, auch wenn sie sie nicht als solche erkennen. Mit Theo Waigel darf ich abschließend den Ursberger Schriftsteller Joseph Bernhart zitieren: „Der Mensch ist geschaffen, um die Ordnung der Dinge zu erkennen und sich selbst in Ordnung zu bringen.“